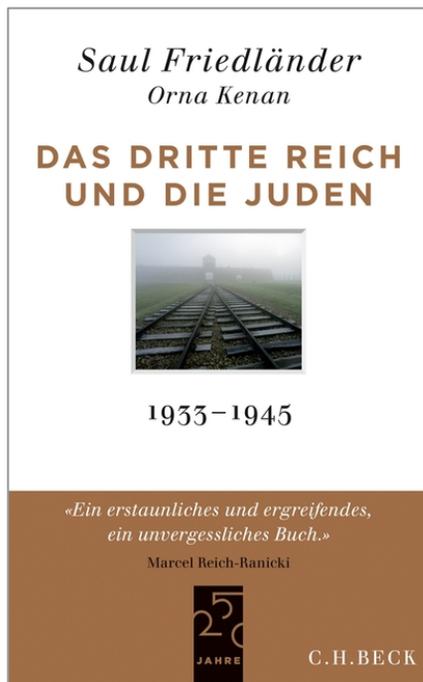


**Unverkäufliche Leseprobe**



**Saul Friedländer**  
**Das Dritte Reich und die Juden**  
1933-1945

Gekürzt von Orna Kenan  
Aus dem Englischen von Martin Pfeiffer  
525 Seiten, Klappenbroschur  
ISBN: 978-3-406-64433-7

Weitere Informationen finden Sie hier:  
<http://www.chbeck.de/11191615>

## 1.

### Der Weg ins Dritte Reich

Januar 1933 – Dezember 1933

Der Exodus jüdischer und linker Künstler und Intellektueller aus Deutschland begann in den ersten Monaten des Jahres 1933, fast unmittelbar nach der Machtübernahme durch Adolf Hitler am 30. Januar. Wie Tausende andere auch wurden die Dirigenten Otto Klemperer und Bruno Walter zur Flucht gezwungen. Hans Hinkel, der neue nationalsozialistische Leiter des Amtlichen Preußischen Theaterausschusses, der auch für die «Entjudung» des kulturellen Lebens in Preußen verantwortlich war, erklärte in der *Frankfurter Zeitung* vom 6. April, Klemperer und Walter seien von der musikalischen Bühne verschwunden, weil es nicht möglich sei, sie vor der «Stimmung» eines deutschen Publikums zu schützen, das «jüdische Kunstbankrotteure» schon lange provoziert hätten.<sup>1</sup>

Prominente Stellung und Ruhm schützten niemanden. Albert Einstein, der sich gerade zu Besuch in den Vereinigten Staaten aufhielt, nannte am 30. Januar 1933 die Geschehnisse in Deutschland eine «seelische Krankheit der Massen». In Ostende beendete er seine Rückreise und setzte nie wieder einen Fuß auf deutschen Boden. Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft entthronte ihn seiner Stellung; die Preußische Akademie der Wissenschaften schloß ihn aus; seine Staatsbürgerschaft wurde ihm aberkannt. Einstein war kein Deutscher mehr. Max Reinhardt wurde aus der Leitung des Deutschen Theaters vertrieben und floh aus dem Reich. Max Liebermann, möglicherweise der bekannteste deutsche Maler der damaligen Zeit, war zu alt, um auszuwandern, als Hitler an die Macht

kam. Er war ehemaliger Präsident und nunmehr, 1933, Ehrenpräsident der Preußischen Akademie der Künste und trug die höchste deutsche Auszeichnung, den Orden Pour le Mérite. Am 7. Mai erklärte Liebermann seinen Austritt aus der Akademie; keiner seiner Kollegen hielt es für nötig, ein Wort der Anerkennung oder des Mitgefühls zu äußern. Isoliert und verfehmt starb Liebermann 1935; nur drei «arische» Künstler nahmen an der Beerdigung teil.<sup>2</sup>

Im großen und ganzen gab es bei der überwältigenden Mehrheit der etwa 525 000 Juden, die im Januar 1933 in Deutschland lebten, kein erkennbares Gefühl von Panik oder auch nur von nervöser Eile. Der Vorstand des Central-Vereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens (CV) verkündete am 30. Januar: «Im übrigen gilt heute ganz besonders die Parole: Ruhig abwarten.»<sup>3</sup> Ein Leitartikel in der Zeitung des Vereins vom 30. Januar aus der Feder Ludwig Holländers, des Vorsitzenden der Organisation, war im Ton ein wenig beunruhigter, zeigte aber im Prinzip dieselbe Haltung: «Auch in dieser Zeit werden die deutschen Juden ihre Ruhe nicht verlieren, die ihnen das Bewußtsein untrennbarer Verbundenheit mit allem wirklich Deutschen gibt. Weniger denn je werden sie ihre innere Haltung zu Deutschland von äußeren Angriffen, die sie als unberechtigt empfinden, beeinflussen lassen.»<sup>4</sup>

Im Laufe der Wochen hofften Max Naumanns Verband Nationaldeutscher Juden und der Reichsbund jüdischer Frontsoldaten auf nichts Geringeres als die Integration in die neue Ordnung. Am 4. April richtete Leo Löwenstein, der Vorsitzende des Frontsoldatenbundes, eine Eingabe an Hitler und legte eine Liste mit nationalistisch orientierten Vorschlägen in bezug auf die Juden Deutschlands bei sowie ein Exemplar des Gedächtnisbuches, das die Namen der 12 000 deutschen Soldaten jüdischer Abstammung enthielt, die im Weltkrieg für Deutschland gefallen waren. Ministerialrat Wienstein antwortete am 14. April, der Reichskanzler habe ihn beauftragt, den Empfang des Briefes und des Buches «ergebenst zu bestätigen».<sup>5</sup> Hans Heinrich Lammers, der Chef der Reichskanzlei, empfing am 28. April zwar noch eine Abordnung der Frontkämpfer – damit aber hörten die Kontakte auf. Bald bestätigte Hitlers Büro Eingaben der jüdischen Organisation nicht mehr. Wie der

Central-Verein glaubten auch die Zionisten weiterhin, daß sich die anfänglichen Turbulenzen durch eine Neubehauptung jüdischer Identität oder einfach durch Geduld überwinden ließen; die Juden waren der Ansicht, daß die Verantwortung der Macht, der Einfluß der konservativen Regierungsmitglieder und eine wachsame Außenwelt auf alle Tendenzen der Nazis zu Exzessen mäßigend einwirken würden.

Für einige Juden war es eine Quelle der Zuversicht, daß der alte, geachtete Reichspräsident Paul von Hindenburg immer noch als Staatsoberhaupt amtierte; gelegentlich schrieben sie ihm über ihre Notlage. «Ich war 1914 verlobt», schrieb Frieda Friedmann, eine Berlinerin, am 23. Februar an Hindenburg. «Mein Verlobter fiel 1914. Zwei meiner Brüder, Max und Julius Cohn, fielen im Jahre 1916 und 1918. Mein letzter Bruder Willy kam erblindet ... aus dem Felde zurück. ... Alle haben das Eiserne Kreuz für Verdienst am Vaterland. Jetzt jedoch ist es in unserem Vaterlande so gekommen, daß auf der Straße öffentlich Broschüren gehandelt werden (Juden raus!), öffentliche Aufforderungen zu Pogromen und Gewalttaten gegen die Juden. Ist die Judenhetze Tapferkeit oder Feigheit, wenn es im deutschen Staat bei 60 Millionen Menschen 1% Juden gibt?» Hindenburgs Büro bestätigte umgehend den Empfang des Briefes, und der Präsident ließ Frieda Friedmann wissen, daß er entschieden gegen Exzesse eingestellt sei, die an Juden verübt wurden. Der Brief wurde an Hitler weitergeleitet, und der schrieb an den Rand: «Die Behauptungen dieser Dame sind ein Schwindel! Es ist selbstverständlich nicht eine Aufforderung zum Progom [sic] erfolgt!»<sup>6</sup> Schließlich waren sich die Juden – ebenso wie ein beträchtlicher Teil der deutschen Gesellschaft – insbesondere vor den Reichstagswahlen vom 5. März 1933 nicht sicher, ob sich die Nationalsozialisten an der Macht halten würden oder ob ein konservativer Militärputsch gegen sie noch möglich war.

Die politischen Hauptopfer des neuen Regimes waren zumindest in den ersten Monaten nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten nicht Juden, sondern Kommunisten. Am 27. Februar wurde der Reichstag in Brand gesteckt; hierfür machte man die Kommunisten verantwortlich, und die nachfolgende Menschenjagd führte zur Verhaftung von fast 10 000 Mitgliedern und Sympathi-

santen der KPD und zu ihrer Inhaftierung in neugeschaffenen Konzentrationslagern. Dachau war am 20. März eingerichtet worden und wurde am 1. April von SS-Chef Heinrich Himmler offiziell eingeweiht. Im Juni wurde SS-Gruppenführer Theodor Eicke Kommandant des Lagers, und ein Jahr später ernannte man ihn zum «Inspekteur der Konzentrationslager»: Unter der Ägide Himmlers war er zum Architekten der Lebens- und Todesroutine der Lagerinsassen in Hitlers neuem Deutschland geworden.

Eine am Tag nach dem Reichstagsbrand, am 28. Februar, erlassene Verordnung des Reichspräsidenten hatte Hitler bereits Ausnahmebefugnisse verliehen. Zwar gelang es den Nationalsozialisten nicht, bei den Wahlen vom 5. März die absolute Mehrheit zu gewinnen, sie konnten aber eine Koalition mit der ultrakonservativen Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) eingehen. Einige Tage später, am 23. März, begab sich der Reichstag seiner Funktionen durch die Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes, das dem Reichskanzler uneingeschränkte legislative und exekutive Vollmachten verlieh. Das Tempo der Veränderungen, die nun folgten, war atemberaubend: Die Länder wurden gleichgeschaltet; im Mai wurden die Gewerkschaften aufgelöst und durch die Deutsche Arbeitsfront ersetzt; Mitte Juli dann gab es im Reich keine andere politische Partei mehr als die NSDAP. Die Unterstützung der Bevölkerung für diese Sturzflut von Aktivitäten und diese ständige Machtdemonstration wuchs lawinenartig an. In den Augen einer rasch zunehmenden Zahl von Deutschen war eine «nationale Wiedergeburt» im Gange.

Antijüdische Gewalttaten häuften sich nach den Märzwahlen. Am 9. März nahmen SA-Leute im Berliner Scheunenviertel Dutzende von osteuropäischen Juden fest. Diese Ostjuden, traditionell die ersten Opfer deutschen Judenhasses, waren auch die ersten, die als Juden in Konzentrationslager abtransportiert wurden. Am 13. März erzwang die örtliche SA in Mannheim die Schließung jüdischer Geschäfte; in Breslau wurden jüdische Anwälte und Richter im Gerichtsgebäude tätlich angegriffen; und in Gedern in Hessen brach die SA in jüdische Häuser ein und schlug «unter dem Beifall einer rasch anwachsenden Menschenmenge» die Bewohner zusammen. Die Liste vergleichbarer Vorfälle ist lang.<sup>7</sup>

Es gab auch Morde. Im Bericht des Regierungspräsidenten von Niederbayern von Ende März heißt es: «Am 15. ds. Mts., früh gegen 6 Uhr, erschienen in einem Kraftwagen mehrere Männer in dunkler Uniform vor der Wohnung des israelitischen Güterhändlers Otto Selz in Straubing. Selz wurde von ihnen in Nachtkleidern aus der Wohnung geholt und in einem Kraftwagen entführt. Etwa um 9.30 wurde Selz in einem Wald bei Weng, Bezirksamt Landshut, erschossen aufgefunden. ... Mehrere Landleute wollen bei einigen Insassen des Wagens die rote Armbinde mit dem Hakenkreuz bemerkt haben.»<sup>8</sup> Am 31. März schickte Innenminister Wilhelm Frick an alle örtlichen Polizeireviere eine telegraphische Warnung, kommunistische Agitatoren, die in SA-Uniformen verkleidet seien und SA-Autokennzeichen benutzten, würden die Schaufensterscheiben jüdischer Geschäfte einschlagen und die Gelegenheit nutzen, um Unruhe zu stiften. Bei derartigen Anschuldigungen gegen die Kommunisten könnte es sich um die übliche Desinformation der Nazis gehandelt haben oder um einen immer noch bestehenden Glauben an die Möglichkeit kommunistischer Subversion. Am 1. April berichtete das Polizeirevier Göttingen, das den am 28. März an jüdischen Geschäften und der örtlichen Synagoge angerichteten Schaden untersuchte, man habe zwei Mitglieder der kommunistischen Partei und einen Sozialdemokraten gefaßt, die im Besitz von Nazi-Uniformteilen gewesen seien; der Zentrale in Hildesheim wurde mitgeteilt, bei den Verhafteten handle es sich um die Personen, welche die antijüdischen Aktionen begangen hätten.

Ein großer Teil der ausländischen Presse ging ausführlich auf die Gewalttaten der Nationalsozialisten ein. Insbesondere amerikanische Zeitungen nahmen hinsichtlich der antijüdischen Verfolgungsmaßnahmen kein Blatt vor den Mund. Jüdische und nichtjüdische Proteste mehrten sich. Eben diese Proteste waren für die Nationalsozialisten der Vorwand für den berüchtigten Boykott jüdischer Geschäfte am 1. April 1933. Schon Mitte März hatte Hitler einem Komitee unter dem Vorsitz von Julius Streicher, dem Gauleiter von Franken und Herausgeber des *Stürmers*, der bösartigsten antijüdischen Zeitung der Partei, gestattet, die Vorbereitungen für den Boykott in Angriff zu nehmen.

Unter den Nationalsozialisten wurde ein großer Teil der Agitation für antijüdische ökonomische Maßnahmen von einer bunt zusammengewürfelten Koalition von «Radikalen» initiiert. Ihr gemeinsamer Nenner war das, was Gregor Strasser, die frühere Nummer zwei in der Partei, einmal als «die antikapitalistische Sehnsucht»<sup>9</sup> bezeichnet hatte; der einfachste Weg, auf dem sie diese zum Ausdruck bringen konnten, war bössartiger Antisemitismus. Derartigen Parteiradikalen werden wir in jedem wichtigen Stadium antijüdischer Politik bis hin zum Kristallnacht-Pogrom vom November 1938 begegnen. Im April 1933 lassen sie sich als Mitglieder der verschiedenen wirtschaftlichen Interessengruppen der Partei identifizieren. Doch in ihrer besonderen Rolle als Pressure-group bestanden die Radikalen hauptsächlich aus «alten Kämpfern» – aus SA-Mitgliedern und einfachen Parteiaktivisten, die mit dem Tempo der nationalsozialistischen Revolution, mit der Dürftigkeit der ihnen zugefallenen Beute und mit dem häufig privilegierten Status von Parteigenossen, die in der Staatsbürokratie Schlüsselstellungen innehatten, unzufrieden waren. Ihr Einfluß sollte jedoch nicht überschätzt werden. Sie zwangen Hitler nie dazu, Maßnahmen zu ergreifen, die er nicht ergreifen wollte. Wenn ihre Forderungen als zu weitgehend betrachtet wurden, verwarf man ihre Initiativen. Im Frühjahr 1933 half die antijüdische Agitation dem Regime jedoch, die Gewalttätigkeit der SA in vom Staat kontrollierte Bahnen zu lenken; den Nationalsozialisten waren diese Maßnahmen natürlich auch um ihrer selbst willen willkommen.

Am 29. März unterrichtete Hitler das Kabinett über den geplanten Boykott von Geschäften in jüdischem Besitz und erklärte den Ministern, er selbst habe ihn gefordert. Er beschrieb die Alternative als spontane Gewalttaten der Bevölkerung. Ein zugelassener Boykott, so fügte er hinzu, würde gefährliche Unruhe vermeiden. Die deutschnationalen Minister machten Einwendungen, und Präsident Hindenburg versuchte einzugreifen. Hitler verwarf jedoch jeden Gedanken an eine Zurücknahme.

Unterdessen war vor allem in den Vereinigten Staaten und in Palästina die jüdische Führung in einem Zwiespalt: Sollte sie massenhafte Proteste und einen Gegenboykott gegen deutsche Waren

unterstützen oder sollte aus Furcht vor weiteren «Vergeltungsmaßnahmen» gegen die Juden in Deutschland eine Konfrontation vermieden werden? Hermann Göring, seit Januar die Nummer zwei in der Hierarchie der NSDAP, hatte eine Reihe von namhaften Vertretern der deutschen Juden zu sich bestellt und sie nach London geschickt, wo sie gegen die geplanten antideutschen Demonstrationen und Initiativen intervenieren sollten. Zugleich sandten am 26. März Kurt Blumenfeld, der Präsident der Zionistischen Vereinigung für Deutschland, und Julius Brodnitz, der Präsident des Central-Vereins, dem American Jewish Committee in New York ein Telegramm, in dem sie «energische Bemühungen zur Einwirkung auf Unterlassung deutschfeindlicher Kundgebungen»<sup>10</sup> verlangten. Durch Beschwichtigung der Nazis hoffte die besorgte deutsch-jüdische Führung dem Boykott zu entgehen.

Die Leitung der jüdischen Gemeinschaft in Palästina entschied sich ebenfalls für Zurückhaltung, während sich die führenden Persönlichkeiten der amerikanischen Juden nicht einig waren; die meisten jüdischen Organisationen in den Vereinigten Staaten waren gegen Massendemonstrationen und wirtschaftliche Aktionen, hauptsächlich aus Furcht davor, den Präsidenten und den Außenminister in Verlegenheit zu bringen. Zögernd und unter dem Druck von Gruppen wie den Jewish War Veterans entschied sich der American Jewish Congress schließlich anders. Im März fanden in mehreren amerikanischen Städten Protestversammlungen statt, an denen sich auch führende Vertreter der Kirchen und der Arbeiterbewegung beteiligten. Was den Boykott deutscher Waren anging, so breitete er sich als emotionale Basisbewegung aus, die im Laufe der Monate zunehmend institutionelle Unterstützung fand, zumindest außerhalb Palästinas.

Propagandaminister Joseph Goebbels war in Hochstimmung. In seiner Tagebucheintragung für den 27. März schrieb er: «Ich diktiere einen scharfen Aufsatz gegen die Greuelhetze der Juden. Schon seine Ankündigung läßt die ganze Mischpoke [sic; jiddisch für «Familie»] zusammenknicken.»<sup>11</sup> Und am 1. April: «Der Boykott gegen die Weltgreuelhetze ist in Berlin und im ganzen Reich in voller Schärfe entbrannt. Das Publikum», fügte Goebbels hinzu, «hat sich überall solidarisch erklärt.»<sup>12</sup>

In Wirklichkeit stieß die Aktion der Nazis jedoch sogleich auf Probleme. Die breite Bevölkerung stand dem Boykott ziemlich gleichgültig gegenüber und zeigte manchmal sogar ein Interesse, in «jüdischen» Läden zu kaufen. In München beispielsweise führten wiederholte Ankündigungen über den bevorstehenden Boykott bei in jüdischem Besitz befindlichen Läden in den letzten Märztagen (die Öffentlichkeit wußte noch nicht, wie lange der Boykott dauern würde) zu so regen Geschäften, daß der *Völkische Beobachter* die «Unvernunft eines Teiles des Publikums» beklagte, «das sein sauer verdientes Geld den Volksfeinden und hinterlistigen Verleumdern geradezu aufdränge».<sup>13</sup> Am Tage des Boykotts blieben viele jüdische Geschäfte geschlossen oder schlossen früh. Große Scharen von Zuschauern blockierten in den Geschäftsvierteln der Innenstädte die Straßen, um sich den Ablauf der Ereignisse anzusehen: Sie waren passiv, zeigten aber keineswegs die Feindseligkeit gegenüber den «Volksfeinden», welche die Parteiagitatoren erwartet hatten.

Zu dem Mangel an Begeisterung bei der Bevölkerung kam erschwerend hinzu, daß sich eine Vielzahl unvorhergesehener Fragen einstellte: Wie sollte ein «jüdisches» Unternehmen definiert werden? Durch seinen Namen, durch das Judentum seiner Geschäftsleitung oder durch jüdische Kontrolle über sein Kapital oder Teile davon? Wenn das Unternehmen geschädigt würde, was würde dann, in einer Zeit der wirtschaftlichen Krise, mit seinen arischen Angestellten geschehen? Welche allgemeinen Konsequenzen würde diese Aktion, etwa bei einer Vergeltung durch das Ausland, für die deutsche Wirtschaft haben?

Auch wenn der Aprilboykott schon einige Zeit lang gedroht hatte, war er doch ganz eindeutig eine improvisierte Aktion. Er mag das Ziel verfolgt haben, die antijüdischen Initiativen der SA und anderer Radikaler zu kanalisieren; deutlich zu machen, daß langfristig die Basis jüdischer Existenz in Deutschland zerstört werden würde; oder, naheliegender, nach Art der Nationalsozialisten auf ausländische Proteste gegen die Behandlung der deutschen Juden zu reagieren. Welches auch die verschiedenen Motivationen gewesen sein mögen, Hitler praktizierte eine Form der Führung, die für seine antijüdischen Aktionen der nächsten Jahre charakteristisch werden sollte: Er bestimmte gewöhnlich einen *scheinbaren* Kompromiß-

kurs zwischen den Forderungen der Parteiradikalen und den pragmatischen Vorbehalten der Konservativen, wodurch er in der Öffentlichkeit den Eindruck erweckte, er selbst stehe über den Details der Aktion. Eine derartige Zurückhaltung war offensichtlich taktischer Natur; im Falle des Boykotts war sie vom Zustand der Wirtschaft und von der Furcht vor internationalen Reaktionen diktiert.

Die Möglichkeit weiterer Boykottaktionen blieb offen. Gleichwohl wurde Hitler zunehmend klar, daß das jüdische Wirtschaftsleben nicht offen beeinträchtigt werden durfte, jedenfalls so lange nicht, wie die deutsche Wirtschaft noch in einer prekären Lage war. Die Furcht vor ökonomischer Vergeltung durch das Ausland verband die Nationalsozialisten mit ihren konservativen Verbündeten und zwang zu zeitweiliger Mäßigung. Und als im Sommer 1934 der konservative Reichsbankpräsident Hjalmar Schacht auch das Wirtschaftsministerium übernahm, wurde die Nichteinmischung in jüdische Geschäftstätigkeit quasi offiziell vereinbart.

Der gescheiterte Boykott wurde schon bald durch die Gesetze vom April 1933 in den Schatten gestellt. Das erste von ihnen – wegen seiner Definition des Juden das grundlegende – war das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April. Dieses Gesetz zielte in seiner allgemeinsten Intention darauf, die gesamte Regierungsbürokratie umzugestalten, um ihre Loyalität gegenüber dem neuen Regime sicherzustellen. Seine Ausschließungsmaßnahmen, die für mehr als zwei Millionen staatlicher und städtischer Beschäftigter galten, waren gegen die politisch Unzuverlässigen, hauptsächlich Kommunisten und andere Gegner der Nationalsozialisten, sowie gegen die Juden gerichtet. Paragraph 3 des Gesetzes, der dann später als «Arierparagraph» bezeichnet wurde, besagte: «1. Beamte, die nicht arischer Abstammung sind, sind in den Ruhestand zu versetzen.» Am 11. April definierte die Erste Verordnung zu diesem Gesetz «nichtarisch» folgendermaßen: «Als nicht arisch gilt, wer von nichtarischen, insbesondere jüdischen Eltern oder Großeltern abstammt. Es genügt, wenn ein Elternteil oder ein Großelternanteil nicht arisch ist.»<sup>14</sup>

Bis zu diesem Zeitpunkt hatten die Nationalsozialisten zwar die extremste anti-jüdische Propaganda entfesselt und Juden unter der

Annahme, daß sie sich irgendwie als solche identifizieren ließen, mißhandelt, boykottiert oder getötet, aber es war noch keine förmliche Entrechtung, die auf einer ausschließenden Definition basierte, in die Wege geleitet worden. Die Definition als solche war – ganz gleich, welches ihre genauen Kriterien in Zukunft sein sollten – die notwendige Ausgangsbasis aller Verfolgungen, die danach kommen sollten.

Die Definition der jüdischen Abstammung im Beamtengesetz war die allgemeinste und umfassendste, und die Bestimmungen zur Einschätzung jedes Zweifelsfalles waren so streng wie möglich. Die Gesamtzahl der Juden in der Beamtenschaft war im Jahre 1933 jedoch klein. Außerdem fielen infolge der Intervention Hindenburgs Kriegsteilnehmer und Beamte, deren Väter oder Söhne im Ersten Weltkrieg gefallen waren, nicht unter das Gesetz. Darüber hinaus waren Beamte, die am 1. August 1914 bereits im Staatsdienst gewesen waren, ebenfalls freigestellt. Alle anderen wurden zwangspensioniert.

Die Gesetzgebung über jüdische Rechtsanwälte veranschaulicht noch deutlicher als der ökonomische Boykott, wie Hitler zwischen widersprüchlichen Forderungen von seiten der radikalen Nationalsozialisten einerseits und seiner Verbündeten aus der DNVP andererseits lavierte. Ende März hatten schon im ganzen Reich tätliche Angriffe gegen jüdische Juristen stattgefunden. In mehreren Städten wurden jüdische Richter und Anwälte aus ihren Büros und sogar während der Verhandlungen aus Gerichtssälen geholt und meistens zusammengeschlagen. Gleichzeitig verkündeten örtliche Nazigrößen wie der bayerische Justizminister Hans Frank und der preußische Justizminister Hanns Kerrl aus eigener Initiative Maßnahmen zur sofortigen Entlassung aller jüdischen Anwälte und Beamten. Der Staatssekretär im Justizministerium Franz Schlegelberger meldete Hitler, diese örtlichen Initiativen ließen eine völlig neue Situation entstehen und verlangten eine rasche Gesetzgebung, um einen neuen, einheitlichen juristischen Rahmen zu schaffen. Das Justizministerium hatte eine Verordnung vorbereitet, die jüdischen Anwälten die Zulassung aberkannte – auf derselben Grundlage, aber auch mit denselben Ausnahmen hinsichtlich der Kriegsteilnehmer und ihrer Angehörigen sowie langer Dienstjahre wie

unter dem Beamtengesetz. Auf der Kabinettsitzung vom 7. April wurde die Verordnung verabschiedet und am 11. April veröffentlicht.

Infolge der Ausnahmen waren die Auswirkungen des Gesetzes anfänglich relativ glimpflich. Von den 4585 Rechtsanwälten, die in Deutschland praktizierten, durften 3167 (oder fast 70 Prozent) ihre Arbeit fortsetzen; 336 jüdische Richter und Staatsanwälte von insgesamt 717 wurden ebenfalls im Amt belassen. Im Juni 1933 stellten Juden immer noch mehr als 16 Prozent aller praktizierenden Anwälte in Deutschland. Diese Statistik sollte jedoch nicht falsch interpretiert werden. Auch wenn jüdische Anwälte immer noch praktizieren durften, wurden sie aus dem Deutschen Anwaltsverein ausgeschlossen und nicht in dessen Jahrbuch, sondern in einem besonderen Verzeichnis aufgeführt; alles in allem arbeiteten sie ungeachtet der Unterstützung durch einige arische Institutionen und Individuen unter einem «Bojkott durch Furcht».

Die Agitation der NS-Kader gegen jüdische Ärzte blieb nicht weit hinter den Angriffen auf jüdische Juristen zurück. Hitler war allerdings mit Ärzten noch vorsichtiger als mit Rechtsanwälten. In diesem Stadium waren jüdische Ärzte aus Kliniken und Krankenhäusern, die von der staatlichen Krankenkasse betrieben wurden, erst de facto ausgeschlossen, wobei einige sogar weiterhin dort praktizieren durften. So waren Mitte 1933 fast 11 Prozent aller praktizierenden deutschen Ärzte Juden. Hier sieht man ein weiteres Beispiel für Hitlers Pragmatismus im konkreten Fall: Tausende jüdischer Ärzte bedeuteten Zehntausende deutscher Patienten. Die Beziehungen zwischen diesen Ärzten und einer sehr großen Zahl von Patienten zu stören hätte unnötige Unzufriedenheit hervorrufen können. Hitler zog es vor abzuwarten.

Am 25. April wurde das Gesetz gegen die Überfüllung deutscher Schulen und Hochschulen verabschiedet. Es richtete sich ausschließlich gegen nichtarische Schüler und Studenten. Das Gesetz beschränkte die Aufnahme neuer jüdischer Schüler und Studenten in jeder einzelnen deutschen Schule oder Universität auf 1,5 Prozent der Gesamtzahl neuer Bewerber, wobei die Gesamtzahl jüdischer Schüler oder Studenten in jeder einzelnen Institution 5 Prozent nicht übersteigen durfte. Kinder von Frontsoldaten aus dem

Ersten Weltkrieg und solche, die aus Mischehen stammten, welche vor der Verabschiedung des Gesetzes geschlossen waren, fielen nicht unter die Quote.

Für jüdische Kinder war die neue Atmosphäre möglicherweise von noch größerer Bedeutung als die Gesetze selbst. Die junge Hilma Geffen-Ludomer, das einzige jüdische Kind im Berliner Vorort Rangsdorf, erinnerte sich an die plötzliche Veränderung. Die «nette, nachbarschaftliche Atmosphäre» endete «abrupt. ... Plötzlich hatte ich keine Freunde mehr. Ich hatte keine Freundinnen mehr, und viele Nachbarn hatten Angst, mit uns zu reden. Manche von den Nachbarn, die wir besuchten, sagten zu mir: «Komm nicht mehr, weil ich Angst habe. Wir sollen keinen Kontakt zu Juden unterhalten.» Lore Gang-Saalheimer, die 1933 elf Jahre alt war und in Nürnberg lebte, konnte in ihrer Schule bleiben, da ihr Vater vor Verdun gekämpft hatte. Trotzdem «kam es immer öfter vor, daß nichtjüdische Kinder zu mir sagten: «Nein, ich kann nicht mehr mit dir von der Schule nach Hause gehen. Ich kann mich nicht mehr mit dir sehen lassen.»»<sup>15</sup>

Die Aprilgesetze und die Ergänzungsverordnungen, die nun folgten, zwangen mindestens zwei Millionen Staatsbedienstete und Zehntausende von Rechtsanwälten, Ärzten, Studenten und vielen anderen, nach angemessenen Beweisen für ihre arische Abstammung zu suchen; derselbe Prozeß verwandelte Zehntausende von Priestern, Pastoren, Gemeindebeamten und Archivaren in Menschen, die lebenswichtige Zeugnisse einwandfreier Blutsreinheit aufspürten und zur Verfügung stellten; wohl oder übel wurden diese Menschen Teil einer völkischen bürokratischen Maschinerie, die mit dem Nachforschen, Überprüfen und Aussondern begonnen hatte.

Im September 1933 wurde es Juden verboten, Bauernhöfe zu besitzen oder Landwirtschaft zu treiben. In demselben Monat wurde unter der Kontrolle des Propagandaministeriums die Reichskulturkammer gegründet; damit wurde es Goebbels möglich, die Beteiligung von Juden am kulturellen Leben des neuen Deutschland einzuschränken. Ebenfalls unter der Ägide von Goebbels' Propagandaministerium wurde Juden die Zugehörigkeit zum Journalistenverband untersagt, und am 4. Oktober verbot man ihnen,

als Zeitungsherausgeber tätig zu sein. Die deutsche Presse war geübert.

Im Rassedenken der Nationalsozialisten bezog die deutsche Volksgemeinschaft ihre Stärke aus der Reinheit ihres Blutes und aus ihrer Verwurzelung in der heiligen deutschen Erde. Eine derartige Rassereinheit war die Voraussetzung für überlegenes Kulturschaffen und für die Errichtung eines machtvollen Staates, der den Sieg im Kampf um das Überleben als Rasse und um die Herrschaft garantierte. Von Anfang an verwiesen daher die Gesetze von 1933 auf die Ausschließung der Juden aus allen Schlüsselbereichen dieser utopischen Vision: das waren die Staatsverwaltung (das Berufsbeamten-gesetz), die biologische Gesundheit der Volksgemeinschaft (das Ärztegesetz), das soziale Gefüge der Gemeinschaft (die Ausschließung jüdischer Rechtsanwälte), die Kultur (die Gesetze über Schulen, Universitäten, die Presse, die Kulturschaffenden) und schließlich die heilige Erde (das Bauerngesetz). Von diesen Gesetzen war das Berufsbeamten-gesetz das einzige, das in diesem frühen Stadium in vollem Umfang angewendet wurde, aber die symbolischen Aussagen, die diese Gesetze machten, und die ideologische Botschaft, die sie vermittelten, waren unmißverständlich.

Nur sehr wenige deutsche Juden spürten, was die NS-Gesetze an nacktem, langfristigem Terror mit sich bringen würden. Zu diesen wenigen gehörte Georg Solmssen, Vorstandssprecher der Deutschen Bank und Sohn eines orthodoxen Juden. In einem an den Vorsitzenden des Aufsichtsrats der Bank gerichteten Brief vom 9. April 1933 schrieb Solmssen: «Ich fürchte, wir stehen noch am Anfange einer Entwicklung, welche zielbewußt, nach wohlaugelegtem Plane auf wirtschaftliche und moralische Vernichtung aller in Deutschland lebenden Angehörigen der jüdischen Rasse, und zwar völlig unterschiedslos, gerichtet ist. Die völlige Passivität der nicht zur nationalsozialistischen Partei gehörigen Klassen, der Mangel jedes Solidaritätsgefühls, der auf Seite derer zu Tage tritt, die bisher in den fraglichen Betrieben mit jüdischen Kollegen Schulter an Schulter gearbeitet haben, der immer deutlicher werdende Drang, aus dem Freiwerden von Posten selbst Nutzen zu ziehen, und das Totschweigen der Schmach und der Scham, die unheilbar allen denen zugefügt wurden, die, obgleich schuldlos, von heute

auf morgen die Grundlagen ihrer Existenz vernichtet sehen – alles dies zeigt eine so hoffnungslose Lage, daß es verfehlt wäre, den Dingen nicht ohne jeden Beschönigungsversuch ins Gesicht zu sehen.»<sup>16</sup>

[...]

---

Mehr Informationen zu diesem und vielen weiteren Büchern aus dem Verlag C.H.Beck finden Sie unter: [www.chbeck.de](http://www.chbeck.de)